

Die Repräsentantenhaftung im Privatversicherungsrecht

von Dr. Axel Kampmann

VVW Karlsruhe

INHALTSÜBERSICHT

	<u>Seite</u>
Inhaltsverzeichnis	VIII
Literaturverzeichnis	XVIII
Entscheidungsregister	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLIII
Einleitung	1
1. Teil Die Grundlagen der Repräsentantenhaftung	2
2. Teil Die Entwicklung des Repräsentantenbegriffes durch die höchstrichterliche Rechtsprechung	43
3. Teil Die Anforderungen an einen sachgerechten Repräsentantenbegriff	91
4. Teil Die Repräsentantenhaftung einzelner Personen- gruppen in Rechtsprechung und Versicherungs- praxis	125
5. Teil Sonderprobleme in einzelnen Versicherungs- branchen	181
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	217

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Einleitung	1
<u>1. Teil</u> Die Grundlagen der Repräsentantenhaftung	2
A. Der Repräsentant als zurechnungsbegründende Rechtsfigur	2
I. Die Repräsentantenhaftung im Spannungsfeld von § 278 BGB und Selbstverschuldensprinzip	2
II. Fazit	5
B. Die Funktion der Rechtsfigur des Repräsentanten	6
I. Die Situation des Versicherers bei der Inanspruchnahme Dritter durch den Versicherungsnehmer	6
II. Die Regulierung des Versicherungsschutzes innerhalb der Gefahrengemeinschaft aller Versicherten	7
III. Der Aspekt der Prämiengerechtigkeit	8
IV. Keine Regulierung durch eine auf die Problematik abgestimmte Vertragsgestaltung	9
V. Herbeiführung eines Interessenausgleiches durch die Rechtsprechung	11
VI. Grenzen des Interessenausgleiches	11
C. Der Anwendungsbereich der Repräsentantenhaftung	12
I. Repräsentantenhaftung nach § 6 VVG	12
1. Anzeige- und Auskunftsobliegenheiten	13
a) Wissenszurechnung	13
aa) Der Wissensvertreter	14
bb) Der Wissenserklärungsvertreter	16
cc) Das Verhältnis von Wissenserklärungsvertreter und Repräsentant	17
2. Verhaltensobliegenheiten	22

II.	Repräsentantenhaftung nach § 23 VVG	23
1.	Repräsentantenhaftung bei Verletzung der Gefahrstandspflicht, §§ 23 Abs. 1, 25 Abs. 1, 25 Abs. 2, S. 1 VVG	23
2.	Wissenszurechnung bei Verletzung der Anzeigepflicht, §§ 23 Abs. 2, 25 Abs. 2, S. 2 VVG	24
III.	Repräsentantenhaftung nach § 61 VVG	26
D.	Rechtsgrundlagen der Repräsentantenhaftung	27
I.	Ablehnung des Selbstverschuldensprinzips	27
II.	Die rechtliche Herleitung der Repräsentantenhaftung	31
1.	Kodifikationen und Gesetze	31
2.	Drittzurechnung nach § 278 BGB	34
a)	Anwendbarkeit des § 278 BGB auf Verhaltensobliegenheiten	35
aa)	Direkte Anwendung des § 278 BGB	35
bb)	Analoge Anwendung des § 278 BGB	36
b)	Anwendbarkeit des § 278 BGB bei der Herbeiführung des Versicherungsfalles	39
3.	Weitere Lösungsansätze	40
III.	Fazit	41
<u>2. Teil</u>	Die Entwicklung des Repräsentantenbegriffes durch die höchstrichterliche Rechtsprechung	43
A.	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	43
I.	Erste Stufe	43
1.	Bestätigung der Drittzurechnung im Privatversicherungsrecht	43
2.	Erstmalige Erwähnung des Repräsentantenbegriffes	43
3.	Das Kriterium des 'Vertretungsverhältnisses'	44
4.	'Entschlagung der Obhut über die versicherte Sache'	45

II.	Zweite Stufe	46
1.	'Geschäftsbetrieb'	46
2.	'Rechtsgeschäftliches Vertretungsverhältnis'	47
3.	'Wahrnehmung der aus dem Versicherungsvertrag hervorgehenden Rechte und Pflichten durch den Dritten' (Vertragsverwaltung)	48
4.	Kritik des Schrifttums	49
III.	Dritte Stufe	50
1.	'Geschäftsbetrieb von einiger Bedeutung'	50
2.	Kritik des Schrifttums	52
IV.	Zusammenfassung	54
V.	Alternative Repräsentantenformeln des Schrifttums	55
B.	Die Rechtsprechung des BGH	57
I.	Vierte Stufe	57
1.	Beibehaltung der Reichsgerichtsrechtsprechung	57
2.	Erweiterung des Repräsentantenbegriffes	58
3.	'Allgemeiner Geschäftsbereich'	59
4.	Die 'Obhuts'-Problematik	59
5.	'Vertretungs- oder ähnliches Verhältnis'	61
6.	Die Repräsentantenformel der Entscheidung BGH VersR 1989, 737	62
7.	Bewußte Schädigung des Versicherungsnehmers gegen dessen Willen durch den Repräsentanten	65
a)	Die Auffassung des BGH	66
b)	Die Auffassungen von Winter und Martin	66
c)	Stellungnahme	67
8.	Die Kritik von Martin an den Voraussetzungen des Repräsentantenbegriffes der BGH-Rechtsprechung	68
a)	Zurechnung des Repräsentantenverhaltens, wenn eine Verpflichtung zu abweichendem Verhalten besteht	69
b)	Die Auffassung des BGH	70

c)	Stellungnahme	71
II.	Fünfte Stufe	73
1.	Die geänderten Voraussetzungen des Repräsentantenbegriffes seit BGH VersR 1993, 828	73
a)	Verwaltung des Versicherungsvertrages durch den Dritten	73
aa)	Sachfremdes Kriterium	73
bb)	Die Wirren um das Merkmal der 'Vertragsverwaltung' innerhalb der Rechtsprechung	75
cc)	Verzicht auf die 'Vertragsverwaltung'	76
b)	Repräsentantenbegriff - Begriffsvielfalt statt Rechtssicherheit	78
c)	Die geänderten Anforderungen an die 'Risikoverwaltung'	79
d)	Stellungnahme	81
III.	Zusammenfassung	82
C.	Die gewohnheitsrechtliche Ausprägung des Repräsentantenbegriffes	83
I.	Richterliche Rechtsfortbildung	83
II.	Die Rechtsfigur des Repräsentanten	84
III.	Die Merkmale des Repräsentantenbegriffes	87
IV.	Stellungnahme	88
V.	Zusammenfassung	90
<u>3. Teil</u>	Die Anforderungen an einen sachgerechten Repräsentantenbegriff	91
A.	Wertung der jüngeren Rechtsprechung des BGH	91
I.	Anwendungsprobleme der Repräsentantenhaftung in der Versicherungspraxis	91
II.	Rechtsmißbräuchliche Berufung des Versicherers auf die Repräsentantenhaftung	93
III.	Abschied von der Repräsentantenformel	94

B.	Kriterien eines sachgerechten Repräsentantenbegriffes	95
I.	Die Beurteilung der Repräsentantenhaftung nach risikotechnischen Gesichtspunkten	95
II.	Die versicherte Sache	97
III.	Obhutsüberlassung als Oberbegriff von Obhut (Verfügungsbefugnis) und Risikoverwaltung (Verantwortlichkeit)	98
	1. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Obhutsüberlassung und Risikoverwaltung	98
	2. Abschied vom Begriff der Obhutsüberlassung: Dispositionsbefugnis statt Verfügungsbefugnis	100
IV.	Objektive Voraussetzungen der Dispositionsbefugnis	101
	1. Verlust der Zugriffsmöglichkeit	101
	2. Vollständige Dispositionsbefugnis (Alleinobhut)	103
	3. Zeitliches Kriterium	105
	4. Repräsentanten zweiten Grades	106
V.	Subjektive Voraussetzungen der Dispositionsbefugnis	106
VI.	Risikoverwaltung	107
	1. Obliegenheitsbezogener Repräsentantenbegriff	109
	a) Verzicht auf die vollständige Übertragung der Risikoverwaltung	109
	b) Beweislast des Versicherers	112
	c) Prozeßrisiko des Versicherungsnehmers	113
	d) Der Maßstab für realistische Anforderungen an die vollständige Übertragung der Risikoverwaltung	114
	e) Die untergeordnete Hilfsperson als Repräsentant	115
	2. Differenzierter Repräsentantenbegriff	118
	a) Der Repräsentant nach § 61 VVG	118
	b) Der Repräsentant nach § 6 VVG	119
	3. Auswirkungen eines obliegenheitsbezogenen und differenzierten Repräsentantenbegriffes auf die Risikoverwaltung	121

C.	Zusammenfassung	122
<u>4. Teil</u>	Die Repräsentantenhaftung einzelner Personen- gruppen	125
A.	Der 'wirtschaftliche Eigentümer' als Repräsentant	125
I.	Repräsentantenhaftung bei der Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes	126
1.	Bedingte Übertragung und alleinige Bewirt- schaftung des Hofes durch den Dritten	126
2.	Verpachtung des landwirtschaftlichen Betrie- bes bei gleichzeitiger Mitbewirtschaftung durch den Versicherungsnehmer	127
3.	Gemeinsame Bewirtschaftung des Hofes durch den Versicherungsnehmer und seinen zukünf- tigen Erben	128
II.	Versicherungsnehmer und Dritter als Mitpächter einer Gaststätte	128
III.	Der Mitinhaber eines Unternehmens als Repräsentant	129
IV.	Zusammenfassung	130
B.	Der Rechtsanwalt als Repräsentant	130
I.	Das Verhältnis von Versicherungsnehmer und Rechtsanwalt	130
1.	Ablehnung der Repräsentanteneigenschaft durch den BGH	131
2.	Der Rechtsanwalt als Wissenserklärungs- vertreter	133
3.	Abweichende Auffassung eines Teils der Instanz-Rechtsprechung	134
II.	Zusammenfassung	134
C.	Der Arbeitnehmer als Repräsentant	135
I.	Die Kriterien der Repräsentanteneigenschaft: Modifizierung der Merkmale Dispositionsbefug- nis und Risikoverwaltung	135
II.	Die Repräsentantenstellung im Rahmen des § 61 VVG	138

1. Geschäftsführer und Prokuristen	138
2. Betriebsleiter	139
3. Einfache Angestellte	141
III. Die Repräsentantenstellung des Arbeitnehmers bei Obliegenheitsverletzungen, § 6 VVG	143
1. Übertragung von Sicherheitsvorschriften auf einen Angestellten	143
a) Der mit der Wahrnehmung von Sicherheitsvorschriften betraute technische Angestellte	143
b) Der Sicherheitsbeauftragte	144
c) Der mit der Wahrnehmung von Sicherheitsvorschriften betraute einfache Angestellte	145
IV. Zusammenfassung	147
D. Die Repräsentantenhaftung von Ehegatten	148
I. Die allgemeine Ehegattenproblematik bei der Repräsentantenhaftung	148
1. Keine Zurechnung nach § 79 VVG	149
2. Gesetzgeberische Konzeption des § 67 Abs. 2 VVG	150
3. Repräsentantenstellung kraft Ehegatteneigenschaft	151
a) Zufallsargument	151
b) Übernahme der Haushaltsführung	152
c) Argument der Einwirkungsmöglichkeit	152
d) Argument der tatsächlichen Gewalt	153
e) Argument der Mitbenutzung	153
4. Kein Verzicht auf die alleinige Dispositionsbefugnis des Ehegatten	153
a) Keine Repräsentanteneigenschaft lediglich bei Mitobhut	153
b) Ablehnung einer generalisierenden Betrachtungsweise	154

c)	Vollständige Überlassung der Dispositions- befugnis für einen längeren Zeitraum	156
5.	Risikoverwaltung	158
6.	Zerrüttung der Ehe	158
II.	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	159
III.	Angehörige und sonstige Mitbewohner des Versicherungsnehmers	160
IV.	Zusammenfassung	161
E.	Die Repräsentantenstellung des Mieters eines Gebäudes oder eines Gebäudeteiles	162
I.	Auffassung des BGH zur Stellung des Mieters	162
1.	Keine Repräsentantenstellung kraft Mieter- eigenschaft	162
2.	Anforderungen an die Dispositionsbefugnis	163
3.	Stellungnahme	165
a)	Faktische Aufhebung der Repräsentanten- eigenschaft des Mieters	165
b)	Konsequenzen der Rechtsprechung des BGH	165
c)	Fazit	166
II.	Voraussetzungen der Repräsentantenstellung des Mieters	167
1.	Differenzierung nach der Art des Mietobjekts	167
2.	Das Merkmal der Dispositionsbefugnis	169
3.	Die Risikoverwaltung	171
a)	Speziell: Feuerversicherung (AFB und VGB Feuer)	171
b)	Speziell: Wohngebäudeversicherung bei Schäden durch Leitungswasser (VGB)	174
aa)	Versicherte Sache	174
bb)	Obliegenheitsbezogene Repräsen- tantenstellung	174
(1)	Übertragung der Wahrnehmung Sicherheitsvorschriften auf den Mieter	174

	(2) Auffassung des BGH	175
	(3) Abweichende Instanzrecht- sprechung	176
	(4) Stellungnahme	179
III.	Zusammenfassung	179
<u>5. Teil</u>	Sonderprobleme in einzelnen Versicherungs- branchen	181
A.	Kraftfahrtversicherung	181
I.	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	181
	1. Versicherte Sache	181
	2. Mitversicherte Personen	182
	a) Repräsentanteneigenschaft bei Obliegen- heitsverletzungen der mitversicherten Personen	182
	b) Stellungnahme	185
	3. Obliegenheitsverletzung durch Unfallflucht	189
	4. Obliegenheitsverletzungen nach § 2 Nr. 2 AKB	190
	a) Verwendungsklausel	191
	b) Schwarzfahrerklausel	191
	c) Führerscheinklausel	192
	5. Schuldhafte Herbeiführung des Versicherungs- falles	193
II.	Kaskoversicherung	193
	1. Die Repräsentanteneigenschaft unterschied- licher Personengruppen	194
	a) Angestellte, denen ein Firmenfahrzeug überlassen wird	195
	b) Kraftfahrer	197
	c) Fahrzeugdisponenten	199
	d) Überlassung eines Fahrzeuges an Ehe- gatten und sonstige Personen	200
	2. Zusammenfassung	203

B.	Transportversicherung	205
I.	Der Kraftfahrer in der Transportversicherung	205
II.	Der "Strohmann" des Versicherungsnehmers	207
C.	Reisegepäckversicherung	208
I.	Das Merkmal der Vertragsverwaltung	209
II.	'Dispositionsbefugnis' und 'Risikoverwaltung'	210
1.	Zeitlicher Aspekt	210
2.	Räumlicher Aspekt	213
III.	Die Vertrauensperson als Repräsentant	214
IV.	Zusammenfassung	216
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	217